

## Amtliche Bekanntmachungen



### Inkrafttreten der Änderung eines Teilbereiches des Bebauungsplanes "Westlich der Karlsruher Straße"

Der Gemeinderat der Stadt Ettlingen hat die Änderung eines Teilbereiches des Bebauungsplanes "Westlich der Karlsruher Straße" am 27.1.1993 in öffentlicher Sitzung als Satzung gemäß § 10 Baugesetzbuch (BauGB) beschlossen. Das nach § 11 BauGB erforderliche Anzeigeverfahren wurde ordnungsgemäß durchgeführt. Das Regierungspräsidium Karlsruhe hat mit Erlaß vom 12.7.1993, Az.: 22-2511.3-6/3 mitgeteilt, daß keine Verletzung von Rechtsvorschriften geltend gemacht wird.

Der Planbereich des Bebauungsplanes ist wie folgt abgegrenzt:

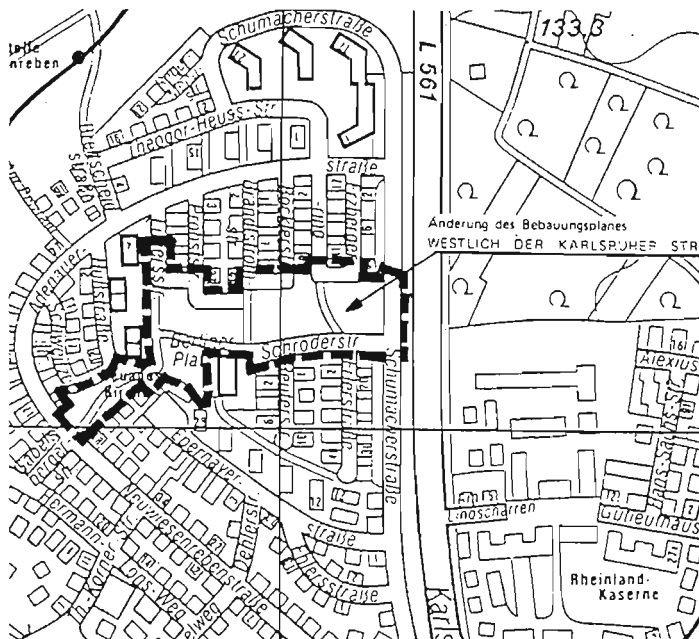
Im Osten: durch die westliche Grundstücksgrenze der "Karlsruher Straße".

Im Süden: durch die südliche und westliche Grundstücksgrenze der Schröderstraße, durch die nördliche und westliche Grenze des Grundstücks Flst.Nr. 9037/4, durch die südlichen Grenzen der Grundstücke Flst.Nr. 9037 und 8948.

Im Westen: durch die westliche und nördliche Grenze des Grundstücks Flst.Nr. 8948, durch die südliche und östliche Grenze des Grundstücks Flst.Nr. 8946, durch die westliche Grenze des Grundstücks Flst.Nr. 9041.

Im Norden: durch die südliche Grenze des Grundstücks Flst.Nr. 9040/1, durch die westliche Grenze des Grundstücks Flst.Nr. 9049, durch die westlichen und südlichen Grenzen der Grundstücke Flst.Nr. 9054 und 9061, durch die südlichen Grenzen der Grundstücke Flst. Nr. 9061/1-3, 9064, 9100, 9101, 9103, 9104, 9121, 9122 und 9127.

Der Planbereich ist im folgenden Kartenausschnitt dargestellt.



Mit dieser Bekanntmachung tritt der Bebauungsplan in Kraft. Jedermann kann den Bebauungsplan mit Begründung während der Dienststunden beim Planungsamt der Stadt Ettlingen, Neuer Markt 9-11, Zimmer Nr. 6 einsehen; auf Verlangen wird über den Inhalt Auskunft gegeben.

Unbeachtlich sind gemäß § 215 Abs. 1 BauGB

- eine Verletzung der in § 214 Abs. 1 S. 1, 2 BauGB bezeichne-

ten Verfahrens- und Formvorschriften, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres und

- Mängel der Abwägung, wenn sie nicht innerhalb von sieben Jahren seit Bekanntmachung des Bebauungsplanes gegenüber der Stadt Ettlingen schriftlich geltend gemacht worden sind; der Sachverhalt, der die Verletzung oder den Mangel begründen soll, ist darzulegen.

Eine etwaige Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) oder des aufgrund der GemO beim Zustandekommen als Satzung beschlossenen Bebauungsplanes wird nach § 4 Abs. 4 GemO unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich innerhalb eines Jahres seit der Bekanntmachung dieser Satzung gegenüber der Stadt Ettlingen geltend gemacht worden ist; der Sachverhalt, der die Verletzung begründen soll, ist zu bezeichnen. Dies gilt nicht, wenn die Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind.

Ferner wird auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 S. 1, 2 sowie Abs. 4 BauGB über die fristgemäße Geltendmachung etwaiger Schadensansprüche und deren Erlöschen hingewiesen; Schadensansprüche sind schriftlich gegenüber der Stadt Ettlingen geltend zu machen. Ein Schadensanspruchsberechtigter kann Ersatz verlangen, wenn die in den §§ 39 bis 42 BauGB bezeichneten Vermögensnachteile eingetreten sind. Er kann die Fälligkeit des Anspruchs dadurch herbeiführen, daß er die Leistung der Entschädigung schriftlich bei dem Entschädigungspflichtigen beantragt. Ein Schadensanspruch erlischt, wenn nicht innerhalb von drei Jahren nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem die in den §§ 39 bis 42 BauGB bezeichneten Vermögensnachteile eingetreten sind, die Fälligkeit des Anspruchs herbeigeführt wird.

Ettlingen, den 19.7.1993

Bürgermeisteramt  
der Stadt Ettlingen  
gez. Frank  
Bürgermeister

### Bebauungsplan "Am Sang" im Stadtteil Ettlingen-Bruchhausen

#### Vorgezogene Bürgerbeteiligung

Der Gemeinderat der Stadt Ettlingen hat in der öffentlichen Sitzung am 30.6.1993 beschlossen, gemäß § 2 Abs. 1 BauGB für den Bereich "Am Sang" im Stadtteil Ettlingen-Bruchhausen einen Bebauungsplan aufzustellen und eine vorgezogene Bürgerbeteiligung nach § 3 Abs. 1 BauGB durchzuführen.

Die genaue Begrenzung des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes "Am Sang" ergibt sich aus dem folgenden Kartenausschnitt:

